

AfD scheitert in Erfurt mit Misstrauensvotum

AfD-Landeschef Björn Höcke wollte die rot-rot-grüne Regierung von Bodo Ramelow in Thüringen stürzen - und scheiterte mit seinem Plan, Ministerpräsident zu werden. Das war nicht anders zu erwarten. Doch Höcke ging es ohnehin um etwas anderes.

VON GREGOR MAYNTZ

ERFURT Ganze 38 Minuten liegen an diesem Freitagnachmittag im Thüringer Landtag zwischen zwei markanten Sätzen. Zwischen dem Appell des Thüringer AfD-Fraktionschefs, einen „historischen Tabubruch“ zu heilen, indem das Parlament Ministerpräsident Bodo Ramelow stürzen und ihn, Höcke, zum neuen Regierungschef wählen soll, und der schlichten Feststellung von Landtagsvizepräsidentin Dorothea Marx (SPD): „Somit bleibt der Abgeordnete Bodo Ramelow Ministerpräsident des Freistaates Thüringen.“

„Somit bleibt der Abgeordnete Bodo Ramelow Ministerpräsident des Freistaates Thüringen.“

Dorothea Marx
Landtagsvizepräsidentin in Thüringen

Am Mittwoch verhandelt das Bundesverfassungsgericht über die Klage der AfD gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel wegen ihrer Intervention gegen die Wahl von FDP-Fraktionschef Thomas Kemmerich zum Thüringer Ministerpräsidenten. Das war im Februar vergangenen Jahres und hatte mit dem misslungenen Versuch zu tun, Flagge für einen bürgerlichen Kandidaten zu zeigen. Die AfD hatte die Gelegenheit genutzt und statt ihres eigenen Kandidaten den FDP-Politiker unterstützt und damit einen Tabubruch ausgelöst: CDU, FDP und AfD hatten gemeinsam eine gestalterische Mehrheit erzielt. Nur mühsam konnte der Dambruch wieder geflickt werden und Ramelow dank einer CDU-Tolerierungspolitik an der Spitze einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung weitermachen.

Am Donnerstag geht im Stuttgarter Landtag der dritte Versuch, den AfD-Kandidaten Bert Gärtnier als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes zu verhindern, gründlich schief. Obwohl die AfD nur 17 Mandate im Landesparlament hat, bekommt ihr Vorschlag 37 Ja-Stimmen. Nur 32 Abgeordnete stimmen mit Nein. Den Ausschlag geben die 77 Enthaltungen, zu denen sich vor allem die Grünen durchgerechnet haben. Die Erklärung für das Passierenlassen der wichtigen AfD-Personalie erntet fast noch mehr Kritik als die Entscheidung selbst.

Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Uli Seckler erläutert die Enthaltung damit, dass die AfD-Fraktion ja sonst in jeder Sitzung einen neuen Vorschlag gemacht und das Parlament in Wahlgänge „gezwungen“ hätte. „Eine Nominierungs-Dauerschleife wäre die Folge gewesen – und diese hätte jedes Mal aufs Neue der AfD-Fraktion eine Plattform geboten und Ressourcen gebunden.“

Natürlich dauert es nicht lange bis zum Hinweis auf den Bundestag, wo die anderen Fraktionen ständig neue Vorschläge der AfD für die Besetzung des Postens des Vizepräsidenten ablehnten, ohne dass dies am Ende noch nennenswert zur Kenntnis genommen wurde.



Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag, wollte Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) mit einem Misstrauensvotum stürzen.

FOTO: BODO SCHACKOW/DPA

Von „Thüringer Verhältnissen in Baden-Württemberg“ ist am Freitag bereits die Rede. Doch das Original legt am Freitag noch eins drauf. Höcke manövriert in Erfurt den Landtag in ein konstruktives Misstrauensvotum hinein. Dabei wird ein amtierender Ministerpräsident dadurch abgelöst, indem es eine Mehrheit für einen Nachfolger gibt. Höcke sagt selbst, dass er nicht mit einer Mehrheit für sich rechnet. Die ganze Stoßkraft gilt der CDU, die er vorführen will und die er tatsächlich in die Enge treibt. Denn offenbar ist sich CDU-Fraktionschef Mario Voigt der Verlässlichkeit seiner Fraktionsmitglieder nicht ganz sicher, was ihr Verhalten in der Wahlkabine bei geheimer Stimmabgabe anbelangt. Und so erreicht er die Verständigung darauf, dass alle CDU-Abgeordnete

bei der Abstimmung sitzen bleiben, keinen Zettel ausfüllen. So kann am Ende niemand mit dem Finger auf die CDU zeigen, wenn Höcke mehr Stimmen bekommt als seine AfD Mandate hat.

Verbal bleiben die anderen Fraktionen in der Aussprache vor der Abstimmung kraftvoll. Die Grünen sprechen vom Versuch Höckes, den Landtag vorzuführen und zu verhöhnen, die FDP von einem „destruktiven Politiktheater“, die SPD wirft der CDU vor, sich auf das Spiel der AfD einzulassen, und Voigt wähnt sich

und den Landtag „seit zwei Jahren in einem absoluten Ausnahmezustand“. Höcke sei „perfide, dumm, rückwärtsgewandt“, und Voigt sieht ihn auch „entlarvt“ bei dem Versuch, „Institutionen kaputt machen zu wollen“. Doch den Appellen aus FDP, Linken, Grünen und SPD, das doch einfach mit „Nein“ zu dokumentieren, verschließt sich auch Voigt.

Das nutzt Höcke für einen Angriff auf die CDU. Diese habe an diesem Freitag die Chance, einen „historischen Tabubruch“ zu heilen, nämlich den Umstand, dass eine vom Volk abgewählte Regierung im Landtag dennoch eine Mehrheit zum Weiterregieren bekam. Die Absicht des Zerstörers unterstellt er seinerseits der rot-rot-grünen Regierung und wendet sich spöttisch an die „sehr geehrten Damen und Herren Superdemokraten“.

Die bescheren ihm ein 22-Ja-gene-46-Nein-Stimmen-Ergebnis. Das entspricht exakt der Zahl der AfD-Abgeordneten auf der einen und der Zahl der anwesenden Linken-, SPD-, Grünen- und FDP-Abgeordneten auf der anderen Seite. Auch die FDP hatte zuvor „fünf Mal Nein“ angekündigt, obwohl ein Fraktionsmitglied den Austritt verkündete.

Vor einer Woche war bereits die Absicht aufgegeben worden, den Thüringer Landtag parallel zur Bundestagswahl neu wählen zu lassen. Die anderen Fraktionen wollten nicht das Wagnis eingehen, bei dem Auflösungs-Antrag von den Stimmen der AfD abhängig zu sein. Es folgte eine weitere Woche, in der die AfD mit ihren Wirkungsmöglichkeiten sehr zufrieden sein konnte, während sich die bürgerliche Mitte an verschiedenen Orten der Republik von der AfD treiben ließ.

CSU will Entlastungen und Senkung der Mehrwertsteuer für Gastronomie

GMUND (dpa) Die CSU will bei der Bundestagswahl in zwei Monaten mit milliardenschweren Steuerentlastungen-Forderungen und Warnungen vor „Zufallsmehrheiten“ ohne die Union um Wählerstimmen kämpfen. Auf einer Vorstandsklausur am Tegernsee warnte CSU-Chef Markus Söder die Union am Freitag vor einem Schlafwagen-Wahlkampf. „Es ist noch massiv Luft nach oben“, sagte er angesichts der aktuellen Umfragen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Union den Kanzler stelle, sei zwar für viele Menschen hoch, „aber es ist nicht sicher“. Für die CSU will er wieder mindestens drei Ministerposten: „Mehr gerne – weniger nicht.“

In ihrem Wahlprogramm, das die CSU am Tegernsee vorlegte und das das gemeinsame Programm mit der CDU ergänzen soll, finden sich eine ganze Reihe weitergehender Forderungen: Die CSU verlangt eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie, einen ermäßig-

ten Steuersatz für regionale Lebensmittel, eine Ausweitung der Mütterrente, längere Elterngeld-Zahlungen sowie weitere Entlastungen für Familien und Unternehmen. Viele dieser Punkte hatte die CDU im gemeinsamen Programm zunächst nicht mittragen wollen.

Söder sprach von einigen „Spezialitäten“, die man herausgearbeitet habe – er sieht die CSU aber mit Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet bei der Forderung nach Entlastungen auf einer Linie. „Wir sind da völlig nahtlos in Übereinstimmung“, sagte der CSU-Vorsitzende. „Wir akzentuieren halt bestimmte Punkte noch etwas stärker.“ Vor kurzem hatte es zwischen der CSU und Laschet hier noch Irritationen gegeben. Söder warnte vor „Zufallsmehrheiten“, wenn die Union bei der Wahl nicht „deutlich“ die 30-Prozent-Marke überschreite.

Als Schwerpunkte des CSU-Programms nannte Söder die Bereiche

Wirtschaft/Mittelstand, Familie und Heimat samt Klimaschutz. „Deutschland steht vor einem Epochenwechsel“, heißt es gleich am Anfang des Papiers. Mit Blick auf die Pandemie betont die CSU: „Die Krise können wir nur mit neuem Schwung hinter uns lassen. Wir wollen neues Wachstum statt mehr Steuern, mehr Staat und mehr Schulden.“

So findet sich in dem Wahlprogramm mit dem Titel „Das CSU-Programm. Gut für Bayern. Gut für Deutschland.“ unter anderem nur die Forderung nach einer auch über die Corona-Krise hinaus dauerhaften Senkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie auf sieben Prozent. Des Weiteren fordert die CSU die Kopplung der Pendlerpauschale an den jährlichen Durchschnittspreis für Kohlendioxid (CO₂): „Richtwert soll sein: 10 Cent mehr an der Zapfsäule machen künftig 1 Cent mehr Pendlerpauschale aus“, hieß es im Entwurf für die Vorstandsklausur.

Tadschikistan nimmt afghanische Flüchtlinge auf

DUSCHANBE (dpa) Angesichts des Vormarsches der militant-islamistischen Taliban im Nachbarland Afghanistan bereitet sich Tadschikistan auf die Aufnahme von bis zu 100 000 Flüchtlingen vor. Das sagte der Vize-Chef der Zivilschutzbehörde in dem zentralasiatischen Land, Imomali Ibrochimsoda, Medien zufolge. Demnach stehen zwei Zeltlager vor der Fertigstellung. „Derzeit führen wir Gespräche mit internationalen Organisationen, um Kapazitäten zur Aufnahme afghanischer Flüchtlinge zu ermitteln“, sagte er. Allein in diesem Monat habe Tadschikistan mehr als 1500 Menschen aufgenommen.

Produktion dieser Seite:
Alexander Stallmann
Iris Neu-Michalik

Marx schließt erneutes Rücktrittsgesuch nicht aus

MÜNCHEN (epd) Der Münchner Erzbischof Reinhard Marx schließt ein erneutes Rücktrittsangebot an den Papst nicht aus. „Wenn sich eine neue Situation ergibt oder verän-

Erneutes Gespräch mit dem Papst? Kardinal Reinhard Marx will nicht weitermachen wie bisher.

FOTO: VON JURICZENKA/DPA



derte Umstände, die meinen Dienst grundsätzlich infrage stellen, werde ich prüfen, ob ich nicht erneut das Gespräch mit dem Heiligen Vater suchen sollte“, heißt es in einem Hirtenbrief von Kardinal Marx, der am

Freitag veröffentlicht wurde. Marx hatte Papst Franziskus im Mai seinen Rücktritt als Erzbischof von München und Freising angeboten. Mit diesem Schritt wollte der 67-Jährige nach eigenem Bekunden Mitverantwortung übernehmen „für die Katastrophe des sexuellen Missbrauchs durch Amtsträger der Kirche in den vergangenen Jahrzehnten“. Franziskus lehnte das Rücktrittsangebot ab.

Keinesfalls werde er aber „einfach weitermachen, als sei nichts geschehen“, sagte Marx. Einschneidend bleibe für ihn die Erkenntnis, dass im Raum der Kirche so viele Menschen Unheil und Leid erfahren hätten, schreibt Marx mit Blick auf das 2010 bekanntgewordene Ausmaß an Missbrauchsfällen in der Kirche.

Anzeige

„Ich bin geimpft, damit ich Sie impfen kann.“

#ÄRMELHOCH JEDE IMPFUNG ZÄHLT

Hausarzt Andreas U. hat sich impfen lassen. Denn nur die Corona-Schutzimpfung bringt unseren Alltag zurück. Mehr unter corona-schutzimpfung.de oder kostenfrei unter **Info-Tel. 116 117 und 0800 0000837** (English, العربية, Türkçe, Русский) sowie in Gebärdensprache unter www.zusammengengene.corona.de.

Zusammen gegen Corona

Bundesministerium für Gesundheit

ROBERT KOCH INSTITUT

BZgA Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung